

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

2/KVI/44 - 22. Februar 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Gefährliches Afrika

70

Von Hans-Jürgen Wischniewski, MdB

3 Nachhilfe-Unterricht in parlamentarischer Regierungsweise nötig?

Von Dr. Adolf Arndt, MdB

34

4 - 5

Auf Kosten der Krankenkassen

56

Zum CDU-Vorschaltgesetz zur Krankenversicherungsreform

Von Konrad Schayer

5

Beim Lügen erwischt

28

Kommunistische Schwindelmethoden

6 - 7

Die Presse der Vertriebenen

67

350 Blätter mit zwei Millionen Gesamtauflage

* * *

Gefährvolles Afrika

Von Hans-Jürgen Wischniewski, MdB

Wer in diesen Tagen aus Afrika zurückkehrt und die Möglichkeit hatte, mit afrikanischen Politikern der verschiedensten Länder zu sprechen, der ist besorgter denn je. Die westliche Position in Afrika hat in den letzten Wochen in erheblichem Masse Schaden genommen. Diese Poststellung ist um so tragischer, wenn man daran denkt, dass sich mit der Wahl des neuen amerikanischen Präsidenten für viele Afrikaner die Hoffnung auf ein noch schnelleres Ende des Kolonialismus verband.

Die Ermordung Lumumba's hat ausschliesslich der westlichen Welt geschadet. Lumumba wurde in Katanga ermordet. Für die Afrikaner aber ist Katanga in erster Linie die Union minière (wer wollte das auch ernstlich bestreiten?), für sie ist die Union minière gleich Belgien und Belgien wird dann gleichgesetzt mit der NATO und der westlichen Welt insgesamt. Alle Versuche, den Mord an Lumumba mit kommunistischen Morden aufzuwiegen, werden in Afrika von den meisten Menschen nicht verstanden. Den Kolonialismus hat man zum Teil in härtester Form selbst miterlebt oder erlebt ihn noch tagtäglich. Ungarn aber ist für Afrika weit, ich meine, es ist in diesen Wochen für Afrika noch weiter gerückt.

Aber es gibt ja nicht nur den Kongo. Da ist noch Algerien, da sind die portugiesischen Kolonien (zur Zeit insbesondere Angola), da ist die Südafrikanische Union und die sich immer mehr zuspitzende Situation in der Zentralafrikanischen Föderation.

Die algerische Frage tritt in ihr dramatischstes Stadium ein. Jetzt können nur noch direkte Verhandlungen zwischen der französischen Regierung und der algerischen Exilregierung eine Lösung herbeiführen. Dabei muss das Verhandlungsergebnis so aussehen, dass es von beiden Seiten der algerischen und der europäischen Bevölkerung bei einer entsprechenden Abstimmung zur Annahme empfohlen werden kann. Der tunesische Staatspräsident Bourgiba ist gut beraten, dass er in diesen Tagen nach Paris geht, nicht um für die algerische Exilregierung Verhandlungen zu führen, sondern um zu versuchen, für erfolgreiche direkte Verhandlungen das notwendige Klima zu schaffen. Ein zweites Maloun darf es nicht mehr geben. Ein Scheitern oder gar Nichtzustandekommen von

Verhandlungen würde nach einem mehr als sechsjährigen Krieg nicht nur in Algerien sondern in ganz Afrika geradezu katastrophale Auswirkungen herbeiführen.

Die Lage in Angola hat sich gerade in den letzten Wochen weiter verschärft. Die portugiesische Kolonialpolitik ist noch rücksichtsloser geworden. Die Rassenunterdrückung und die Ausbeutung der Afrikaner ist schlimmer den je. Zwangsarbeit ist nach wie vor an der Tagesordnung. Verurteilungen ohne Gerichtsverfahren und ohne Anwalt sind normal. Bei Unruhen hat es mehr Tote gegeben, als die Weltöffentlichkeit jemals erfahren hat und wird. Aber auch die Unabhängigkeitsbewegung in Angola ist stärker geworden und findet täglich neue Anhänger.

Auch Portugal ist Mitglied der NATO. Was in den portugiesischen Kolonien und jetzt insbesondere in Angola passiert wird in Afrika zumindest wiederum der westlichen Welt insgesamt zur Last fallen. Ein zweites Algerien in Angola ist für die westliche Welt nicht mehr zu ertragen.

Die Situation ist also überaus ernst. Natürlich kann man es sich sehr leicht machen und sagen, wir wären nicht direkt engagiert. Aber die Welt ist sehr klein geworden und Afrika liegt vor der Haustür Europas. Wir müssen unseren Einfluss überall, wo die Möglichkeit gegeben ist, in verlässlicher Weise geltend machen. Eine Reihe von Konsequenzen müssen gezogen werden:

Im Kongo müssen alle Truppen entwaffnet werden. Die UNO-Truppen müssen wesentlich verstärkt werden. Auch die Regierungsgewalt muss in allen Teilen des Kongos vorübergehend von der UNO übernommen werden. Neuwahlen unter internationaler Kontrolle erweisen sich in absehbarer Zeit als notwendig.

Der Kolonialismus muss überall beschleunigt beseitigt werden. In den noch bestehenden Kolonien müssen die Menschen sofort und intensiv auf die Unabhängigkeit vorbereitet werden. Wer, wie Portugal, nicht bereit ist, diesen Weg zu gehen, kann nicht Mitglied des westlichen Bündnissystems bleiben.

Der Wunsch der afrikanischen Länder nach Bündnisfreiheit und Neutralität muss respektiert werden. Auch die Sowjets werden das zu spüren bekommen. Es geht darum, Partner und Freunde in Afrika zu gewinnen und nicht Faustpfänder im Kalten Krieg.

Nachhilfe-Unterricht in parlamentarischer Regierungsweise nötig?

Von Dr. Adolf Arndt, MdB

Der FDP-Politiker Dr. Wolfgang Hausmann, Justizminister des Landes Baden-Württemberg, hat in einer politischen Rede die Ehrlichkeit des Godesberger Grundsatzprogramms angezweifelt und dadurch die SPD diffamiert. Die Landtagsfraktion der SPD hat deshalb ihrer politischen Missbilligung dieser Entgleisung dadurch Ausdruck gegeben, dass sie sich bei der Beratung des Justizhaushalts ihrer Stimme enthielt, als über den Personaltitel dieses Ministers abgestimmt wurde.

Hausmann beruft sich darauf, er habe nur von seinem Grundrecht der Meinungsfreiheit Gebrauch gemacht. Dieser Einwand ist töricht. Niemand bezweifelt die Meinungsfreiheit des Politikers Hausmann. Es tastet diese Meinungsfreiheit doch nicht an, dass die Abgeordneten auch die Freiheit haben, jene Äußerung Hausmanns politisch zu missbilligen und dieser Kritik durch ihre Stimmabgabe Nachdruck zu verleihen.

Im Namen der Landesregierung von Baden-Württemberg hat Innenminister Dr. Filbinger dazu erklärt, dass kein Zusammenhang zwischen jener Äußerung Hausmanns und dem Etat des von ihm geleiteten Ministeriums bestehe. Diese Erklärung zeugt von einer erstaunlichen Unkenntnis der parlamentarischen Regierungsweise. Der FDP-Politiker Hausmann und das Regierungsmitglied Hausmann sind ja nicht zwei getrennte Personen. In einem parlamentarisch-demokratischen Regime ist der Abgeordnete Hausmann als FDP-Politiker mit dem politischen Amt betraut, das Justizministerium zu leiten. Daher dient die Beratung des Etats der politischen Gesamtwürdigung dieses Politikers. Die Abstimmung über den von ihm verwalteten Haushalt ist eine Frage der politischen Billigung oder Missbilligung seines ganzen Verhaltens in der Politik.

In jedem parlamentarischen Regime der freien Welt bringen die Abgeordneten ihr politisches Vertrauen oder Misstrauen dadurch zur Geltung, dass sie dem Etat der Regierung oder eines einzelnen Kabinettsmitgliedes zustimmen oder dem Etat ablehnen. Das ist sowohl im Bundestag als auch sonst in den Landtagen selbstverständlich so üblich und gerechtfertigt. Aus dieser politischen Handhabung des Budgetrechts ist überhaupt das freieitliche System des Parlamentarismus erst erwachsen.

Weiß man das im Kabinett Kiesinger wirklich nicht? Oder hält man das Volk für so unerfahren, dass man es über dieses politische ABC täuschen könnte.

Zum CDU-Vorschaltgesetz zur Krankenversicherungsreform

Von Konrad Schayer

Das von der CDU-Fraktion nach dem Scheitern der Regierungsvorlage kürzlich angekündigte Vorschaltgesetz liegt nun als Bundestagsdrucksache vor. Die Vorlage wird schon am kommenden Donnerstag im Bundestag in erster Lesung beraten.

Die im Gesetzentwurf der CDU vorgeschenen Leistungsverbesserungen sind ausnahmslos bereits in dem im Juni 1960 von der SPD eingebrachten Vorschaltgesetz enthalten. Dazu gehören:

1. die Aufstockung der wirtschaftlichen Sicherungsleistungen in den ersten sechs Wochen der Arbeitsunfähigkeit von 90 auf insgesamt 100 Prozent des Netto-Arbeitsentgelts;
2. die Fortzahlung des Krankengeldes in voller Höhe nach Ablauf der 6. Woche der Arbeitsunfähigkeit;
3. die Beseitigung der Härten der Aussteuerung bei der Gewährung von Krankengeld und Krankenpflege und
4. die Verringerung der Karenztage von zwei auf einen.

Anstelle einer blossen Verringerung der Karenztage, für welche die Arbeiter keine Bezüge erhalten, sieht die SPD-Vorlage allerdings einen völligen Fortfall der Karenztage vor. Dass die Aufstockung der Sicherungsleistungen im Krankheitsfall sowie die Erleichterung der Karenztagsregelung nun auch von der CDU befürwortet werden, ist umso erfreulicher, als die gescheiterte Regierungsvorlage in dieser Hinsicht keine Leistungsverbesserungen, sondern Leistungsverschlechterungen vorsah. Leider hat die CDU es nicht für notwendig gehalten, die Einkommensgrenze für die Versicherungspflicht der wirtschaftlichen Entwicklung anzupassen. Der Sozialpolitische Ausschuss des Bundestages hatte sich dabei bereits über eine Erhöhung dieser Einkommensgrenze von 660,— DM auf 750,— DM monatlich geeinigt. Auch scheint die CDU überschen zu haben, dass die vorgeschlagene Berechnungsweise der Lohnersatzleistungen im Krankheitsfälle für viele Arbeitnehmer erhebliche Nachteile mit sich bringen würde.

In der CDU-Vorlage fehlt bedauerlicherweise jeglicher Hinweis darüber, wie die vorgeschlagenen Leistungsverbesserungen finanziert werden sollen. Der zusätzliche jährliche Leistungsaufwand, der sich aus der Vorlage ergibt, beläuft sich für die Krankenkasse auf rund 250 bis 300 Millionen DM. Da infolge der Vermehrung der zugelassenen Kassenärzte um gut ein Fünftel auf die Krankenkassen gleichzeitig eine Erhöhung der Honorarzahleungen zukommt, die ebenfalls auf rund 300 Millionen DM zu veranschlagen ist, so klappt

bei den Krankenkassen eine Finanzierungslücke in der Grössenordnung von mehr als einer halben Milliarde DM auf. Nach der SPD-Vorlage wird dieser Mehraufwand durch die Erstattung der Auslagen gedeckt, die die Krankenkassen heute für andere Träger aufwenden, nämlich bei Arbeitsunfällen für die Unfallversicherung und bei den Leistungen der Mutterschaftshilfe für den Bund. Dagegenüber beschäftigt die CDU offenbar, die Krankenkassen in die Zwangslage zu versetzen, die Beiträge zu erhöhen. Soll etwa mit diesen Beitragserhöhungen wieder für die jüngst begrabenen Kcs einbeteiligungspläne Stimmung gemacht werden?

Wer A sagt, muss auch B sagen. Wenn die CDU schon die wesentlichen Leistungsverbesserungen von der SPD-Vorlage abgeschrieben hat, -- wozu man sie nur beglückwünschen kann -- so sollte sie sich auch nicht genieren, die Finanzierungsverschlüsse von der SPD zu übernehmen. Die SPD wird jedenfalls alles tun, um die geplanten Beitragserhöhungen zu verhindern.

+ + +

Beim Lügen erwischt

F.Z. - Seit Sommer vorigen Jahres veröffentlicht der FDGB in seinen Zentralorgan "Tribüne" bei Berichten über stattgefundene Konferenzen der "nationalen Gewerkschaftsarbeit" (sprich: Kommunistische Propagandavoranstellungen) gelegentlich auch Angaben zur Person, Funktion und Betriebszugehörigkeit westdeutscher Teilnehmer, nachdem aus Tarnungsgründen jahrelang nur Vornamen genannt wurden. Was die Kommunisten zu dieser Methode der Festnagelung von Kontaktleuten greifen liess, mag mancherlei Gründe haben, die wir an dieser Stelle nicht untersuchen wollen. Dass aber daneben fröhlich weiter geblunkert wird, um diesen Veranstaltungen noch aussen das repräsentative Gepräge starker Beteiligung aus westdeutschen Arbeitsnachweisen zu geben, dafür zögen zwei Beispiele sprechen.

In einem Bericht der "Tribüne" vom 30. November 1960 über die sogenannte "4. Gesamtdeutsche Tagung für soziale Sicherheit in Westdeutschland" in Weimar wurden Diskussionsbeiträge von "Kollege" Olbers, Vorstandemmitglied der DAG in Hameln, und Kollege Notzbacher, IG Bergbau, Gierbach (Saargebiet), Bergmann auf der Schachtenlage Tücher bei Neunkirchen (wörtlich laut "Tribüne") zitiert. Tatsache aber ist, dass ein Kollege Olbers weder bei der DAG in Hameln als Mitglied geführt wird, noch im Adressbuch der Stadt Hameln verzeichnet ist und dass es im Saargebiet weder einen Ort Gierbach noch eine Zeche Tücher bei Neunkirchen/Saar gibt.

Wenn man in Pankow fortfährt, mit solch plumpen Fälschungen zu arbeiten, wird man es umso leichter haben, den Nachweis zu führen, dass die westdeutschen Teilnehmer solcher befohlenen Propagandavoranstellungen, von einer Anzahl "nützlicher Idioten" abgesehen, in wesentlichen von kommunistischen Gassinnungsgeossen Ulbrichts gestellt werden.

+ + +

Die Presse der Vertriebenen

G.D. - Die Zahl der Vertriebenen in der Bundesrepublik, in West-Berlin und im Ausland beträgt mehr als elf Millionen. Diese elf Millionen Menschen halten neben den Tageszeitungen und Illustrierten noch ihre eigenen Zeitungen und Zeitschriften: Sie lesen die "Presse der Vertriebenen".

Im Bundesgebiet und in West-Berlin erscheinen rund 350 Vertriebenen-Organe mit einer Gesamtauflage von mehr als zwei Millionen Exemplaren. Das bedeutet, dass bei der Vertriebenenbevölkerung von rund elf Millionen etwa 80 Prozent der Vertriebenen-Haushalte ein Vertriebenen- oder Flüchtlings-Organ erhalten. Ein hoher Prozentsatz! Und ein Zeichen dafür, dass es die Vertriebenen verstanden haben, sich ein eigenes Pressewesen aufzubauen - trotz grösster Schwierigkeiten in den Anfangsjahren.

Diese Presse hat heute etwa folgendes Gesicht: Die Zahl der landsmannschaftlich gebundenen Blätter der Sudetendeutschen beträgt 79 (gegenüber 87 im Jahre 1955), der Schlesier 71 (70), der Pomern 21 (24), der Ostpreussen 21 (16), der Volksgruppen aus Südosteuropa 14 (24) der Ostbrandenburger 8 (8), der Danziger und Westpreussen 7 (11), der Deutschen aus dem Weichsel-Warthe-Land 5 (4), und der Baltendeutschen 4 (3). Die landsmannschaftlich gebundene Presse besteht also insgesamt aus 230 (247) verschiedenen periodischen Blättern, die entweder vierteljährlich, zweimonatlich, monatlich, vierzehntäglich oder wöchentlich erscheinen.

Dazu kommen noch rund 120 Zeitungen, Zeitschriften und Mitteilungsblätter allgemeiner Art, die Vertriebene für Vertriebene oder zur allgemeinen Unterrichtung der Öffentlichkeit herausgeben. Zu dieser allgemeinen, nicht landsmannschaftlich gebundenen Vertriebenenpresse gehören rund 100 Organe von Gliederungen des BdV, von berufsständischen Verbänden, von Religionsgemeinschaften und wissenschaftlichen Vereinigungen. Nimmt man noch die Organe der Sowjetzonen-Flüchtlinge und Westvertriebenen und jene periodischen Publikationen hinzu, die im Ausland für Vertriebene oder zur allgemeinen Aufklärung der Öffentlichkeit über das Vertriebenenproblem erscheinen, so sind 20, so erhält man eine Gesamtzahl der Vertriebenenpresse

von rund 350 Zeitungen, Zeitschriften und Mitteilungsblättern, von denen 187 monatlich, 65 vierzehntägig, 51 vierteljährlich, 25 zweimonatlich und 22 wöchentlich erscheinen.

Karl O. Kurth, der 1953 ein "Handbuch der Presse der Heimatvertriebenen" herausgab, stellte jetzt in dem dreibändigen Werk "Die Vertriebenen in Westdeutschland" fest: Ein Vergleich mit dem Stand im Jahre 1953 ergibt eine geringe Zunahme der Titel (um 15), jedoch eine beträchtliche Steigerung der Gesamtauflage aller Organe der Vertriebenen-Presse (um rund 350 000).

Bekannte Publikationen der Vertriebenen sind der "Öst-West-Kurier" in Frankfurt, der "Wegweiser für Heimatvertriebene" in Frankfurt und der "Vertriebenen-Anzeiger" in München. Sind diese drei überregionalen Zeitungen nicht an den Leserkreis einer bestimmten Landsmannschaft gebunden, so gibt es auch eine Reihe von bekannten Blättern, die zwar für die Gesamtheit der Landsleute bestimmter Provinzen des deutschen Ostens erscheinen, jedoch nicht als offizielle Organe der Landsmannschaften gelten können wie "Der Schlesier", der "OS-Ruf" und "Die Ostpreussen-Warte".

Als offizielle Blätter der Landsmannschaften erscheinen: Die "Schlesische Rundschau" als Organ der Landsmannschaft Schlesien, "Unser Oberschlesien" als Organ der Landsmannschaft der Oberschlesier, die "Sudetendeutsche Zeitung" als Organ der Sudetendeutschen Landsmannschaft, der "Brandenburger Kurier" als Organ der Landsmannschaft Berlin-Mark-Brandenburg, die "Pommersche Zeitung" als Organ der Pommerschen Landsmannschaft, "Der Westpreusse" als Organ der Landsmannschaft Westpreussen, "Das Ostpreussenblatt" als Organ der Landsmannschaft Ostpreussen und andere.

Neben der allgemeinen und landsmannschaftlich gebundenen Vertriebenenpresse unterrichten zahlreiche Korrespondenzen und Informationsdienste die Öffentlichkeit und die Tageszeitungen über die Arbeit der Vertriebenen, über Kultur und Geschichte der alten Heimat und darüber, wie es heute in den Gebieten jenseits von Oder und Weisse aussieht.

+ + +